

... Im Überblick ...

Zusammengestellt von Thomas Bärthlein

BJP: Sieg in Gujarat...

Neun Monate nach den Pogromen gegen Muslime im westindischen Gujarat hat der umstrittene Ministerpräsident Narendra Modi (BJP) im Dezember dort einen spektakulären Wahlsieg errungen. Die BJP gewann 126 der 182 Mandate, der *Congress* 51, andere vier. Nach 1995 und 1998 war es der dritte Triumph der BJP in ihrer Hochburg Gujarat in Folge.

Kritiker hatten Modi vorgeworfen, daß seine Regierung den Massakern zumindest untätig zugesehen habe. Trotzdem gelang es den Hindu-Nationalisten, ihren Stimmenanteil um sechs Prozentpunkte auf 49,8 Prozent zu erhöhen. Sie profi-

tierten offensichtlich von der Polarisierung zwischen den großen Religionsgemeinschaften. Der *Congress*-Wahlkampf, der stärker auf den Faktor „Kaste“ gesetzt hatte, war dagegen chancenlos.

Der Jahrestag des Brand-Anschlags auf einen Zug in Godhra, bei dem Muslime radikale Hindus getötet hatten, und der dann wiederum zum Auslöser der Pogrome geworden war, verlief am 27. Februar unspektakulär. Der Welt-Hindurat VHP hatte ihn zum „Tag der Trauer“ um die Hindu-Opfer erklärt: Die Erinnerung an die Ereignisse in Gujarat bleibt auch ein Jahr danach gespalten.

...Niederlage in Himachal

Bei der nächsten Runde von Landtagswahlen konnte die BJP ihren Sieg allerdings nicht wiederholen. Im Februar wurde in einigen kleineren Bundesstaaten gewählt. Vor allem der Wahlausgang in Himachal Pradesh fand landesweit Beachtung. Hier verlor die bisher regierende BJP, und der *Congress* stellt mit Virbhadra Singh künftig den Ministerpräsidenten. Die Hoffnung der Hindu-Nationalisten auf einen langfristigen Trend zu ihren Gunsten hat sich damit nicht bestärkt. Im Gegenteil: Außer in Gujarat, Jharkhand und Uttar Pradesh, wo sie an einer Koalition unter der Ministerpräsidentin Mayawati (BSP) beteiligt ist, regiert die BJP keinen bedeutenden Bundesstaat mehr. Mit Spannung werden nun die Wahlen in Delhi

sowie den großen Flächenstaaten Rajasthan, Madhya Pradesh und Chattisgarh am Jahresende erwartet. Dort regiert überall der *Congress*, aber auch die BJP ist traditionell stark. 2004 wird dann die *Lok Sabha*, das nationale Parlament, neu gewählt.

Im nordöstlichen Meghalaya regiert in Zukunft eine Koalitionsregierung unter *Congress*-Führung, in Tripura wurde dagegen im Februar die Linksregierung bestätigt. Und in Nagaland schließlich wird vermutlich eine Regierung gebildet, die den Rebellen des NSCN nahesteht, die inzwischen mit der indischen Zentralregierung um mehr Autonomie für Nagaland verhandeln.

Haushalt soll Konsum fördern

Der erste Haushalts-Entwurf des neuen Finanzministers Jaswant Singh ist von Wirtschaftsvertretern überwiegend positiv aufgenommen worden. Kommentatoren merken an, daß er besonders Entlastungen für die kaufkräftigen Mittelschichten bringe. Die gelten zum einen als

stärkste Unterstützer der BJP, die bei Laune gehalten werden sollen; zum anderen sollen sie dazu gebracht werden, mehr Geld auszugeben, um die Konjunktur anzukurbeln. Für die Landwirte bringt der Entwurf dagegen Nachteile, so wird zum Beispiel Dünger teurer.

VHP schlägt radikalere Töne an

Der Welthindurat (*Vishwa Hindu Parishad*, VHP) nimmt im hindu-nationalistischen Spektrum zunehmend die Scharfmacher-Rolle ein. VHP-Chef Pravin Togadia sorgte in den vergangenen Wochen mit radikalen Parolen für Aufsehen. Er forderte einen landesweiten Bann für Kuh-schlachtungen; Verstöße dagegen sollten mit der Todesstrafe geahndet werden. Die Tage Mahatma Gandhis und seiner Philosophie der Gewaltlosigkeit seien vorüber, so Togadia.

Ayodhya: Archäologen sollen helfen

Der Streit darum, ob an der Stelle der zerstörten Babri-Moschee im nordindischen Ayodhya ein Tempel für den Gott Ram gebaut werden soll, ist um eine skurrile Wendung reicher: Anfang März entschied der zuständige *High Court* in Allahabad, archäologische Ausgrabungen sollten (binnen eines Monats) Klärung erbringen, ob an der umstrittenen Stelle tatsächlich früher schon ein Tempel gestanden habe. Fachleute halten diese Frist für äußerst knapp; die Historiker geben darüber hinaus zu bedenken, daß niemand feststellen könne, ob ein eventueller Tempel wirklich den Geburtsort Rams markiere, oder ob er dem Bau der Babri-Moschee zum Opfer gefallen sei.

Die Hindu-Nationalisten des VHP stellen ihrerseits bereits klar, daß sie das umstrittene Gelände für den Geburtsort Rams halten und dort in jedem Fall einen Tempel errichten wollen - unabhängig vom Ergebnis der Ausgrabungen. Verschiedene Aspekte des Streits um Ayodhya werden seit Jahrzehnten vor unterschiedlichen Instanzen ausgetragen. Auch beim Obersten Gericht ist zur Zeit ein Verfahren anhängig, das aber vorerst wieder vertagt wurde.

Verseuchtes Wasser

Indisches Tafelwasser in Flaschen, für Touristen und immer mehr Inder der Mittelschichten eine beliebte Alternative zum Leitungswasser, ist in aller Regel stark mit Pestiziden verseucht. Das ergab eine Studie des unabhängigen Zentrums für Wissenschaft und Umwelt (CSE). Das CSE untersuchte Wasserflaschen in Bombay und Delhi und stellte fest, daß sie bis zum 36fachen des EU-Grenzwerts für Pestizide enthielten. In Delhi entsprach nur eine einzige Wassermarke dem EU-

Standard. Zu den belasteten Sorten gehört auch „Kinley“ des Getränke-Multis Coca-Cola. Die Multis hätten sich uneinsichtig gezeigt, so eine CSE-Sprecherin: Sie behaupteten, nicht gegen indische Normen verstoßen zu haben.

Nachdem die Studie großes Aufsehen erregt hat, kündigte die indische Regierung inzwischen an, die strengen EU-Normen und entsprechende Kontrollmechanismen auch in Indien einzuführen.

Chef für Atomwaffenbehörde ernannt

Die indische Regierung hat den Luftwaffenoffizier Teja Mohan Asthana zum Chef der neu gegründeten Atomwaffenbehörde ernannt. Der 58jährige soll das nukleare Waffenarsenal des Landes verwalten und Befehle der Kommandozentrale ausführen. Mit der Einrichtung der Behörde hat die indische Regierung fünf Jahre nach den Atomtests von Pokhran erstmals eine nachvollziehbare Kommandostruktur für den Einsatz ihrer Nuklearwaffen präsentiert. Experten gehen davon aus, daß Indien zwischen 60 und 100 Atomsprengköpfen besitzt.

Rüstungsexport nach Indien?

Zwei Geschäftsführer eines Unternehmens aus Holzwickede sind wegen des Verdachts auf illegale Rüstungsexporte nach Indien verhaftet worden. Die Staatsanwaltschaft Dortmund bestätigte einen Bericht des „Focus“. Das Magazin hatte geschrieben, den beiden werde vorgeworfen, zwischen 1997 und 2000 insgesamt neun Mal Hydraulikzylinder nach Indien geliefert zu haben - mit einer falschen Zoll-Deklaration, die das Material harmlos erscheinen lassen sollte. Dort sei es dann aber in atomwaffenfähige Mittelstreckenraketen vom Typ *Agni* eingebaut worden.

Journalist freigelassen

Nach sieben Monaten Haft ist der Journalist Iftikhar Gilani im Januar freigelassen worden. Die Vorwürfe gegen den Sohn des bekannten kashmirischen Separatisten-Führers Syed Ali Shah Gilani hatten sich als unhaltbar erwiesen. Während

Indien will illegale Bangladeshi ausweisen

Innenminister Lal Krishna Advani erklärte im Januar, in Indien lebten 15 Millionen Illegale aus Bangladesch. Sie müßten alle mit der Ausweisung rechnen. Seitdem kam es mehrfach zu Massenabschiebungen an der Grenze, wobei sich Bangladesch weigerte, seine angeblichen Staatsbürger zurückzunehmen. Weil sie in der Regel keine Personaldokumente haben und es in Indien (Westbengalen) ebenso bengalische Muslime gibt wie in Bangladesch, ist es praktisch unmöglich, nachzuweisen, daß jemand aus Bangladesch eingewandert ist.

Starker Anstieg von Kinderlähmung

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Polio-Infektionen in Indien stark gestiegen - von 268 auf mehr als 1.550. Das entspricht 85 Prozent der Neuinfektionen weltweit, berichtet die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Vor allem die Dörfer Uttar Pradesh sind betroffen. Die indische Regierung versucht aber in Zusammenarbeit mit der WHO und UNICEF, Polio mit einer massiven Impfkampagne einzudämmen. Von Januar bis März dieses Jahres sollten 200 Millionen Kinder geimpft werden.

einer Durchsuchung waren bei Gilani im Sommer angeblich „geheime“ Informationen gefunden worden. Im Nachhinein stellte sich jedoch heraus, daß er dieses Material aus öffentlich zugänglichen Quellen, zusammengetragen hatte.

Käufliche Zeitung?

In der indischen Presse ist eine heftige Diskussion um journalistische Standards entbrannt. Der Hintergrund: Es ist kürzlich herausgekommen, daß bei der renommierten *Times of India*-Gruppe (*Times of India, Economic Times*) die Grenze zwischen Anzeigen und journalistischen Beiträgen seit ein paar Monaten nicht mehr so streng gezogen wird, wie das früher üblich war. Der Herausgeber, die Firma *Bennett Coleman & Co.*, geht dabei den Weg über die Internetausgabe, die von der Firma *Medianet* betrieben wird. In dieser Internetausgabe kann man Themen gegen Geld platzieren. Und dieses Material steht dann auch den Redakteuren der Printausgabe zur Verfügung. *Bennett Coleman* legt Wert auf die Feststellung, daß kein Redakteur gezwungen werde, diese Artikel zu drucken. Außerdem sei dieser Kommerz auf den Lokal- und Klatschteil der Zeitung beschränkt, also etwa auf die Berichterstattung über gesellschaftliche Ereignisse wie Partys. Kritiker, darunter auch Journalisten der *Times* selber, befürchten dagegen, daß die Neuerungen einen Dammbruch bedeuten. Es werde schwer zu verhindern sein, daß sie sich irgendwann auch auf den Wirtschafts- oder Politikteil ausdehnen.

Sonderpolizeitruppe aufgelöst

Die Landesregierung von *Jammu and Kashmir* hat die berüchtigte *Special Operations Group* (SOG) der Polizei aufgelöst. Ihre Mitglieder sollen in die normale Polizei integriert werden. Ministerpräsident Mufti Mohammad Syed erfüllte damit ein Wahlkampfversprechen. Die SOG war speziell in der Aufstandsbekämpfung eingesetzt. Menschenrechtsgruppen hatten ihr Mißbrauch ihrer Vollmachten vorgeworfen. Die Landesregierung teilte außerdem mit, sie habe Beschwerden der Bürger gegen 53 SOG-Angehörige erhalten. 25 davon seien entlassen worden, weil sich die Vorwürfe erhärtet hätten. Bisher hat es zwar immer wieder einzelne Entlassungen gegeben, aber es ist das erste Mal, daß die Regierung von Kashmir gegen so viele Polizisten wegen Menschenrechtsverletzungen vorgeht.